



Geschäftsbereich 3:
Natur- und Umweltschutz
Geschäftszimmer

Zeichen: 0.1/meu/A-94964-6
Bearbeitung: Barbara Meunier
Tel.: 0681 8500-1367
Fax: 0681 8500-1384
E-Mail: lua@lua.saarland.de
Datum: 12.12.2018

Kunden- Mo-Fr 08:00-12:00 Uhr
dienstzeiten: Mo-Do 13:00-15:30 Uhr

Zum Bauschein Nr. 2018/0440 vom 05. Juli 2019 gehörig!

AUFLAGEN

des Landesamtes für Umwelt- und Arbeitsschutz

Bauherr: Bischöfl. Generalvikariat Trier, Mustorstr. 2, 54290 Trier

Bauvorhaben: Brandschutztechnische und energetische Ertüchtigung sowie Umbau und Sanierung aller Geschosse des Hauptgebäudes der Maximilian Kolbe-Schule

Baugrundstück: Neunkirchen, Wiebelskirchen, Prälat-Schütz-Str. 11

Auflagen Arbeitsschutzes zu den Abbrucharbeiten

1. Vor Beginn der Abbrucharbeiten ist entsprechend der Örtlichkeit, der Bauart, dem Bauzustand und den Baustoffen die Abbruchmethode zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer zu überprüfen und festzulegen.
Dabei sind die möglichen Einwirkungen auf Nachbargebäude, Freileitungen, unterirdisch verlegte Leitungen und Anlagen zu beachten. Die Termine sollen ausreichend bemessen sein. Die Ausführung hat entsprechend den jeweils gültigen Berufsgenossenschaftlichen Vorschriften, insbesondere der §§ 20 bis 26 der Berufsgenossenschaftlichen Vorschrift - Bauarbeiten - (DGUV Vorschrift 38 Bauarbeiten) zu erfolgen.

- § 20 Untersuchung des baulichen Zustandes, Abbrucharweisung,



- § 21 Absperren von Gefahrenbereichen,
 - § 22 Unterbrechung von Abbrucharbeiten,
 - § 23 Einreißarbeiten,
 - § 24 Abbrucharbeiten mit Baggern und Ladem,
 - § 25 Unterhöhlen und Einschlitzen,
 - § 26 Kurzzeitige Tätigkeiten
2. Die Abbrucharbeiten müssen von fachlich geeigneten Vorgesetzten geleitet werden. Diese müssen die vorschriftsmäßige Durchführung der Arbeiten gewährleisten.
 3. Die Abbrucharbeiten müssen von qualifizierten, weisungsbefugten Personen beaufsichtigt werden. Diese müssen die arbeitssichere Durchführung der Arbeiten überwachen.
 4. Es ist eine Abbrucharleitung entsprechend § 20 Abs. 3 der Berufsgenossenschaftlichen Vorschrift " Bauarbeiten " [DGUV Vorschrift 38 Bauarbeiten] zu erstellen.
 5. Der Aufsichtsführende hat dafür zu sorgen, dass Gefahrenbereiche, die durch die Abbrucharbeiten entstehen, nicht betreten werden.
 6. Es müssen Maßnahmen getroffen werden, die ein Abstürzen von Personen verhindern.
 7. Im Rahmen einer allgemeinen Beurteilung sind u. a. die Schadstoffe zu ermitteln und die notwendigen Schutzmaßnahmen zur Abwendung der Gefährdung in einer Dokumentation festzulegen.

In der Dokumentation ist die Belastung des betroffenen Bauteiles zu erfassen. Die Belastung kann sich insbesondere darstellen in:

- Asbesthaltigen Baustoffen (z.B. Dacheindeckungen, Fassaden, Bodenbelägen, Fensterbänken, Dichtungsschnüre, Nachtspeicheröfen)
- KMF-haltigen Dämm-Materialien (z. B. Mineralwolle, Glasfaser, Deckenplatten)
- PCB-haltigen Althölzern, Teeröl (PAK) (z.B. Parkett)
- Kontaminierten baulichen Anlagen und Bauwerksteile (z.B. Säuren, Laugen, Lösemittel, anorganische und organische Chemikalien, Mineralölkohlenwasserstoffe, Salze, Teer, Lacke, Farben)

Hinweise des Arbeitsschutzes zu den Abbrucharbeiten

1. Fallen bei den Abbrucharbeiten kontaminierte Bauwerksteile an, so sind die Forderungen der TRGS 524 – *Schutzmaßnahmen für Tätigkeiten in kontaminierten Bereichen* und die Berufsgenossenschaftliche Regel DGUV 101 - 004 *Kontaminierte Bereiche* zu beachten.

2. Werden bei den Abbrucharbeiten Tätigkeiten mit asbesthaltigen Materialien durchgeführt, so muss sichergestellt sein, dass die personelle und sicherheitstechnische Ausstattung des ausführenden Unternehmens den Forderungen der TRGS 519 *Asbest; Abbruch-, Sanierungs- oder Instandhaltungsarbeiten* entspricht

Auflagen des Arbeitsschutzes

1. Fußböden in Räumen dürfen keine Unebenheiten, Löcher, Stolperstellen oder gefährlichen Schrägen aufweisen. Sie müssen gegen Verrutschen gesichert, tragfähig, trittsicher und rutschhemmend sein (Nr. 1.5 Abs. 2 Anhang ArbStättV).
2. Durchsichtige oder lichtdurchlässige Wände, insbesondere Ganzglaswände in Arbeitsräumen oder im Bereich von Verkehrswegen, müssen deutlich gekennzeichnet sein. Sie müssen entweder aus bruchsicherem Werkstoff bestehen oder so gegen die Arbeitsplätze in Arbeitsräumen oder die Verkehrswege abgeschildert sein, dass die Beschäftigten nicht mit den Wänden in Berührung kommen und beim Zersplittern der Wände nicht verletzt werden können. (Nr. 1.5 Abs. 3 Anhang ArbStättV)
3. Türen im Verlauf von Fluchtwegen oder Türen von Notausgängen müssen sich von innen ohne besondere Hilfsmittel jederzeit leicht öffnen lassen, solange sich Beschäftigte in der Arbeitsstätte befinden und in angemessener Form und dauerhaft gekennzeichnet sein (Nr. 2.3 Abs. 2 Anhang ArbStättV).
4. Fenster, Oberlichter und Glaswände müssen unter Berücksichtigung der Arbeitsverfahren und der Art der Arbeitsstätte eine Abschirmung gegen übermäßige Sonneneinstrahlung ermöglichen. (Nr. 3.5 Abs. 3 Anhang ArbStättV)
5. Umwehrungen müssen mindestens 1,00 m hoch sein. Bei einer Absturzhöhe von mehr als 12 m muss die Höhe der Umwehrung mindestens 1,10 m betragen (ASR A2.1 Nr. 5.1).
6. Während der Planung des Bauvorhabens hat der Koordinator nach § 3 BauStellV (Sicherheits- und Gesundheitsschutz-Koordinator) ein Dokument zu erstellen, in dem die erforderlichen Angaben und Maßnahmen zu Sicherheit und Gesundheitsschutz der Beschäftigten zusammengestellt werden, die bei möglichen späteren Arbeiten an der baulichen Anlage zu berücksichtigen sind. So sind z. B. technische Schutzmaßnahmen für später anstehende Dacharbeiten oder andere hoch gelegene Arbeitsplätze festzulegen und vorzusehen, die das Abstürzen bei Wartungs- oder Instandhaltungsarbeiten verhindern. (§ 3a ArbStättV i.V.m. RAB 32)

Die Reinigung und Instandhaltung der Fenster, Dachoberlichter muss von einer sicheren Standfläche mit ausreichendem Bewegungsfreiraum aus erfolgen können.

Für Wartungs- und Reparaturarbeiten sind auf den Dächern geeignete Absturzsicherungen (Geländer) oder Anschlagseinrichtungen in Form von Sicherungssystemen (keine Einzelsicherungen) anzubringen.

7. Die Toilettenräume dürfen nicht weiter als eine Etage von ständigen Arbeitsplätzen entfernt sein. (ASR A4.1, Nr. 5.2, Abs. 1)

Hinweis des Arbeitsschutzes

Fahrsteige, Fahrtreppen, Wendel- und Spindeltreppen sowie Steigleitern und Steigisengänge sind im Verlauf eines ersten Fluchtweges nicht zulässig. Im Verlauf eines zweiten Fluchtweges sind sie nur dann zulässig, wenn die Ergebnisse der Gefährdungsbeurteilung deren sichere Benutzung im Gefahrenfall erwarten lassen. (ASR A2.3 Nr.4. Abs.(6))